

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Martin Schäfer (SPD) vom 27.05.09

Betr.: Wirtschaftliche Situation und Perspektive des HVF (2)

In seiner Mitteilung an die Bürgerschaft in Drs. 18/4930, stellte der Senat im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf zur Gründung des Hamburgischen Versorgungsfonds (HVF) auch einen Finanzplan des HVF für die Jahre 2006 bis 2009 dar. Die Einnahmen zur Deckung der Versorgungsleistungen an Beschäftigte des ehemaligen LBK, des UKE und von pflegen & wohnen sollten danach durch Haushaltszuschüsse und aus Dividenden aus Anteilen an der HSH Nordbank AG erbracht werden. Für die Dividenden aus Anteilen an der HSH Nordbank AG wurde ab 2009 ein Ertrag in Höhe von anfänglich 42,8 Millionen Euro und eine jährliche Steigerung von 3 Prozent unterstellt. In der Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfrage vom 7.5.08 (19/245) hat der Senat Angaben zu den Plandaten für das Geschäftsjahr 2008 verweigert und erklärt, er ginge weiterhin von Dividendenerträgen aus der HSH Nordbank-Beteiligung in Höhe von 42,8 Millionen Euro in 2009 und jährlichen Steigerungsraten von drei Prozent aus.

Ich frage den Senat:

1. Bilanz 2008
 - 1.1. *Wie stellt sich das Ist beziehungsweise vorläufiges Ist für die Jahre 2007 und 2008 der Bilanz des HVF im Vergleich zur Planung dar?*
 - 1.2. *Wie erklären sich jeweils Abweichungen zwischen Plan und Ist?*
2. *Wie sieht der Finanzplan für 2009 und für 2010 aus?*
3. *In welcher Höhe und aus welchen Haushaltstiteln sind Zuschüsse der Freien und Hansestadt Hamburg an den HVF geplant?*
4. *Wie stellen sich*
 - 4.1. *der Stand der liquiden Mittel am 1. Januar und am 31. Dezember,*
 - 4.2. *die Zahlungszuflüsse im Einzelnen und in der Summe,*
 - 4.3. *die Zahlungsabflüsse im Einzelnen und in der Summe,*
 - 4.4. *die Veränderung der liquiden Mittel**der Jahre 2007 und 2008 im Vergleich zum jeweiligen Finanzplan des HVF dar?*
 - 4.5. *Wie erklären sich jeweils Abweichungen zwischen Plan und Ist?*
5. *Gehen der HVF und die zuständige Beteiligungsverwaltung in ihren Planungen nach wie vor von Dividendenerträgen aus der HSH Nordbank-Beteiligung in Höhe von 42,8 Millionen Euro in 2009 und jährlichen Steigerungsraten von 3 Prozent aus?*

Wenn nein, wird der Senat die Bürgerschaft über Veränderungen gegenüber den in der Drs. 18/4930 dargestellten Annahmen unterrichten und wenn ja wann?

6. *Ist nach wie vor bei einem angenommenen Zins von 5,5 Prozent und bei jährlichen Haushaltszuschüssen von 20 Millionen Euro mit der Schuldenfreiheit zum 31. Dezember 2029 zu rechnen (vergleiche Drs. 18/4930)?*
7. *Im Beteiligungsvertrag ist geregelt, dass die Freie und Hansestadt Hamburg beziehungsweise die Gesellschafterin Hamburgischer Versorgungsfonds AöR (HVF) – der bisherige LBK Immobilien – für jeden Rückkehrer aus Mitteln der LBK Hamburg GmbH in Höhe der bei der Freien und Hansestadt Hamburg entstehenden Kosten einen Betrag von bis zu 25.000 Euro erhält; die Gesamtsumme ist auf 15 Millionen Euro begrenzt.*

Wie hoch ist der zu zahlende Ausgleichsbetrag und welche Summe wurde wann an die Freie und Hansestadt Hamburg für Rückkehrer überwiesen?

8. *Falls aus Sicht des Senats Antworten aufgrund der Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen des HVF nicht gegeben werden können oder der Senat – wie in der Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfrage in Drs. 19/245 – darauf verweist, sich grundsätzlich nicht zu Plandaten öffentlicher Unternehmen zu äußern:*

Welche konkreten Nachteile für den HVF oder die Freie und Hansestadt Hamburg stehen einer Beantwortung gemäß Artikel 25 Absatz 3 HV entgegen?